



Gefährliche Versuchsballons



Dr. Janusz Rat
Vorsitzender der KZVB

*S*ehr geehrte Frau Kollegin,
*S*ehr geehrter Herr Kollege,

seit Regierungsantritt der Großen Koalition steigt monatlich ein neuer gesundheitspolitischer Versuchsballon mit immer neuen Horrorszenarien auf. Die Regierung ist „am ausloten“: Aus welchen gesellschaftlichen Ecken sind Proteste in welcher Stärke zu vernehmen? Wann sind für die jeweilige Partei Nachteile, also Wählerstimmenverluste zu erwarten? Welche Maßnahme passt in die Parteiideologie? Wie ist durch zentralistische Maßnahmen ein Machtzuwachs im Bund zu erwarten? Wie entlastet man die öffentlichen Haushalte durch möglichst geschickte Umwälzung von Ausgaben auf die Gesetzliche Krankenversicherung? Wie erhöht man die Einnahmehasis bei gleichzeitiger Absenkung der Leistungsausgaben? Wie reduziert man die Anzahl der Leistungserbringer, ohne politisch für eine Unterversorgung verantwortlich zu sein? Wie reduziert man die Leistungsmenge, ohne für Leistungsausgrenzungen politisch zu haften? Die wichtigste Frage wäre doch: Wie erhalte beziehungsweise stärke ich die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung?

Dutzende von Interessengruppen versuchen wie vor jeder „Reform“ für sich jeweils das Beste herauszuholen. Haifischbecken nannte das schon *Horst Seehofer*. Argumente werden beiseite geschoben, wie etwa die Reaktion von *Hartmut Schauerte*, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-Wirtschaftsministerium, auf die KZV-Aktion „Jobmaschine Gesundheitswesen“ zeigt. Er stellt sie in Frage, weil „es sich bei der GKV um ein über Zwangsabgaben finanziertes System handelt, in dem der Einzelne keine Möglichkeit hat zu wählen, statt der vermehrt angebotenen Gesundheitsleistungen das verfügbare Einkommen für andere Verwendungsarten auszugeben. Hinzu kommt, dass bei einer Erhöhung der GKV-Beiträge die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze in Deutschland abnimmt und am Ende gesamtwirtschaftlich gesehen weniger Arbeit in Deutschland entstehen wird“. Dabei fehlen der GKV 2007 wahrscheinlich rund 15 Milliarden Euro. 1 Prozentpunkt Erhöhung des Beitragssatzes ergibt 9,6 Milliarden Euro zusätzliche Beitragseinnahmen. Um gleiche Beitragsmehreinnahmen zu erzielen, müssten 3,2 Millionen Arbeitslose einen Arbeitsplatz finden. Medizinische Versorgungszentren, Integrierte Versorgung, DMPs, DRGs, Einzelverträge, Zahnersatz und Zahntechnik aus dem Ausland, Internet-Auktions-Haie, Managementgesellschaften, eHealthCard und vieles andere warten, um dem System zusätzliche Gelder zu entziehen – alles auf unsere Kosten und auf Kosten der Gesundheit unserer Patienten. Das Gesundheitswesen ist im Umbruch. Möglicherweise wird es an der neuen Reform zerbrechen. Wir Zahnärzte müssen aus dem Fahrwasser „ärztlicher“ Gesundheitsreformen heraus. Das zahnärztliche Gesundheitswesen ist gänzlich anders, und Ungleiches muss man ungleich behandeln, wenn man den Gleichheitsgrundsatz erfüllen will. Wir bringen uns intensiv auf allen politischen Ebenen ein, um dies der Politik klar zu machen und Schaden vom Berufsstand abzuwenden. Noch sorgen die KZVen unverändert für die Einheit des Berufsstands und stellen eine Bastion gegen eine weitere Ausbeutung.

Ihr Janusz Rat